

Daher fordern wir:

- Abrüsten statt Aufrüsten!
- Verwendung dieser Rüstungsgelder zur Schaffung besserer Lebensbedingungen aller Menschen
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages durch die Bundesregierung
- Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland
- Schließung der Air Base Ramstein als wichtige Relaisstation für illegale Drohnenmorde
- Keine Waffenexporte sondern staatlich geförderte Rüstungskonversion
- Miteinberechnung der durch das Militär verursachten CO2-Emissionen bei dem Erreichen des 1,5 Grad-Ziels (Pariser Klimaabkommen)
- „Sicherheit neu denken“ durch zivile friedens- und vertrauensstiftende Maßnahmen

Die „Atomkriegssuhr“ (Doomsday Clock) steht auf 100 Sekunden vor 12!

Unterstützer*innen des Ravensburger Appells

Stand 14.06.21

Ravensburger Organisationen / Einzelhandel / Initiativen / Vereine: Fridays for Future Ravensburg, Parents for Future Ravensburg, Lebenswertes Schussental e.V. (Critical Mass), Klimacamp Ravensburg, Betriebsseelsorge Ravensburg (R. Langenbacher), Weltladen Ravensburg, Weltpartner (ehemals DWP), AK Asyl Ravensburg/Weingarten, BUND Ravensburg, Bio-Bäckerei Decker Ravensburg, Pax Christi Ravensbrüg, Malerbetrieb Guntram Mayer, Kräutle Ravensburg, Unverpackt Laden Ravensburg, Kornblume Weingarten, Gartenbau H. Schickle, Freundeskreis BREST e.V. (Städtepartnerschaft Ravensburg), IPPNW Ravensburg, Oberschwaben ist BUNT, Kultur- und Politikverein Nätwörk Süd e.V., Freunde der Rüberhöhle 2021 e.V., Sprachmächtig e.V. (Poetry Slam Ravensburg), Agenda „Schule neu denken“, bascharfalafel (Baschar Kasou), Pflanzrewir e.V., NABU Ravensburg, wirundjetzt e.V. (Simon Neitzel), Bündnis für Bleiberecht Oberschwaben Bodensee (BLEIB) **Ravensburger Einzelpersonen:** Wolfram Frommlet (Journalist und Autor), Markus Meyer (freischaffender Künstler), Reinhard Gumz (Gewerkschaftssekretär i.R. Verdi Ostwürttemberg-Oberschwaben), Rudolf Bindig (ehemaliges MdB/Europarat/Kreisrat), Albert Bauer (Theater Ravensburg), Uli Böttcher (Hoftheater Baienfurt), Sabine Meier (Vorstand Solawi Ravensburg), Stefan Schwarz (Gründungsmitglied Regionalwert-AG), Michael Riethmüller (Buchhändler Ravensburg), Tom Maier (d-werk Ravensburg), Dr. Prof. Joachim Kunzmann (u.a. Philosophische Matinée, Linse), Karl Schwarz (Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie), Dr. med. Dieter Hawran (Allgemeinmediziner und Künstler), Marlies Hinderhofer (Familientherapeutin Aulendorf) Helmut Sieburg (ehem. stellv. Betriebsratsvorsitzender IG- Metall) **Überregional:** Fridays for Future Bodensee, Fridays for Future Bad Waldsee, Peter Grohmann (Gründer der „AnStifter“ Stuttgart), Reiner Braun (Co-Vorsitzender des Internationalen Friedensbüros), Jürgen Grässlin (Aktion Aufschrei Freiburg), DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft -Vereinigte Kriegsdienstverweigerer), GLOBAL Bad Waldsee e.V., Parents for Future, „Frieden fürs Klima“ (bundesweite AG), Clemens Ronnefeldt (Internationaler Versöhnungsbund – Deutscher Zweig), Friedensregion Bodensee e.V. (Vorstände: Frieder Fahrbach und Bernd Wipper), Charly Schweizer (Historiker Lindau), Lindauer Friedensweg, Konstanzer Friedensinitiative, Pax Christi Augsburg, DFG-VK Bodensee-Oberschwaben (Bernd Wipper), Zeitung gegen den Krieg (ZgK), Informationsstelle Militarisierung e.V. Tübingen, Martina Knappert-Hiese (Beirätin Friedensregion Bodensee e.V., Gemeinderätin in Kressbronn für die Gemeinschaft unabhängiger Bürgerinnen und Bürger GUBB), Keine Waffen vom Bodensee e.V. (Vorstände: Lothar Höfler, Lindau und Timo Feret, Freiburg), Jupp Kaiser (Ulm) Alois Thoma (im Vorstand in der VVN), Claus Kittsteiner (Historiker Lindau), Andreas Zumach (Journalist, Publizist und UNO-Korrespondent), Winfried Wolf (Chefredakteur Lunapark21), Kulturbüro Heise (Lindau), Weltladen Konstanz, Dr. Hans W. Steisslinger (Terra-Institute, Stockach), Ursula Binzenhöfer (BI „bezahlbarer Wohnraum für Überlingen“), Heidi Stör (Lindau), Erich Haller (Kreuzlingen, Schweiz), Doris Künzel (Café Mondial Konstanz)

Lasst uns diese Forderungen zum bestimmenden Thema der Bundestagswahl machen!

ABRÜSTUNG IST DAS GEBOT DER STUNDE

Plädoyer für eine neue Sicherheitspolitik



FRIEDEN MUSS VON UNTEN DURCHGESETZT WERDEN!

Höhe der Militärausgaben weltweit: ein politischer, sozialer, ökologischer, ökonomischer und ethischer Skandal

So lautet die Reaktion der deutschen Friedensbewegung auf die aktuelle Veröffentlichung der weltweiten Rüstungsausgaben.

Die weltweiten Militärausgaben stiegen 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 2,6 Prozent, wie aus der Studie des Stockholmer Friedensforschungsinstituts (Stockholm International Peace Research Institute – SIPRI) hervorgeht.

In Zeiten der Pandemie und der schreienden weltweiten sozialen Ungerechtigkeiten, geben die Regierungen fast 2 Billionen (2 000 000 000 000) US-Dollar für Rüstung aus, davon allein die NATO ungefähr 56% – sprich mehr als 1 Billion US-Dollar. Bei Erreichen des 2 Prozent BIP-Ziels wären es über 75 % (Pressemittteilung IPB, IALANA und IPPNW).

Europa liegt auch ohne Großbritannien bei den weltweiten Rüstungsausgaben an zweiter Stelle. Laut der Statistik hat Deutschland mit 5,2 Prozent die größte Steigerungsrate unter den zehn Ländern mit den höchsten Militärausgaben weltweit. Die deutsche Bundesregierung ist kritiklos bereit fast 60 Milliarden (60 000 000 000) Euro für Militär und Rüstung auszugeben.

Weltweit werden die Atomwaffenarsenale erneuert und sollen durch „taktische“ Atomwaffen für lokal begrenzte Einsätze ersetzt werden. Allein die USA wollen in den nächsten 30 Jahren dafür 1,2 Billionen US-Dollar investieren (www.ican.de).

Zur Rechtfertigung dieser Investitionen, die als Konjunkturspritze vornehmlich dem Militär-Industriellen-Komplex dienen, wird eine Bedrohungslage durch die wirtschaftlichen Konkurrenten Russland und China konstruiert. Hier ersetzen militärische Drohkulissen den friedlichen Interessensausgleich zwischen Ost und West.

Diese gigantischen Militärausgaben sind mörderisch! Sie verhindern eine friedliche sozioökologische Transformation der Weltgemeinschaft, angesichts der globalen Bedrohungen:

Nach Berechnungen der Weltbank wird erstmals seit 1998 die Zahl der Armen global wieder steigen. Bis Ende dieses Jahres werden als Folge der Krise bis zu 150 Millionen Menschen in solch extreme Armut stürzen, dass ihr Überleben gefährdet ist.

Über 80 Millionen Menschen sind weltweit auf der Flucht. Vor Krieg, Gewalt, Menschenrechtsverletzungen oder der Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen durch die Auswirkungen imperialer Wirtschaftsinteressen und des Klimawandels.

Die Corona-Pandemie trifft sie ungeschützt in einem Zustand der äußersten Verwundbarkeit. Sie sind angewiesen auf den Schutz und die Solidarität der Völkergemeinschaft. Das UNHCR und die WHO sind aufgrund ausbleibender Zahlungen der reichen Länder chronisch unterfinanziert. Geflüchtete Menschen vegetieren in Lagern rund um Europa.

Anstatt sich an diesen humanitären Aufgaben zu beteiligen, vielfach dagegen eine kleine elitäre Minderheit in den reichen Ländern ihr gigantisches Vermögen unter der Pandemie und versteckte ihre Gewinne ganz legal in Steueroasen.

Auch in den Ländern des Nordens führte die neoliberale Privatisierung des Gesundheitswesens sogar in Zeiten der Pandemie zum Abbau von Krankenhausbetten. Die schlechte Bezahlung der Pflegekräfte führt zur Flucht aus dem Beruf. Das kaputtgesparte öffentliche Gesundheitswesen ist nicht mehr in der Lage, die Pandemie zu managen. Soldaten in den Amtsstuben verfolgen die Infektionswege oder ersetzen das fehlende Personal in den Kliniken.

Auch das Bildungswesen ist marode. Schulgebäude, die ihren Namen nicht verdienen, zu große Klassen, Ungerechtigkeiten in Bildungsbiografien. Gerade während der Pandemie ist die Schere zwischen bildungsnahen und bildungsfernen Elternhäusern noch weiter auseinandergeklafft. Statt für Bildungsgerechtigkeit zu sorgen, bewirbt man die Zukunftschancen der Jugend bei der Bundeswehr - denn für das Militär ist offensichtlich genug Geld vorhanden.

„Dieser Trend offenbart die wahren Prioritäten der Regierungen dieser Welt. Insbesondere die von Regierungen der westlichen Wertegemeinschaft, die Waffen und Krieg über die Gesundheit und soziale Sicherheiten ihrer eigenen Bevölkerung stellen.“

(Initiative „abrüsten statt aufrüsten“)

„Krieg und Militär sind Klimakiller Nummer eins“ (IPB, IALANA, IPPNW). Der gigantische CO₂-Ausstoß durch die Verbrennung fossiler Antriebsstoffe macht das Militär zur Nummer 1 der Naturzerstörung und des Klimawandels. Dazu kommt die kriegerische Zerstörung von Städten und Landschaften, z.B. durch radioaktive Verseuchung ganzer Landstriche durch uranangereicherte Munition. Die Folge sind weitere Flüchtlingsströme, Nichterreichung der Klimaziele und Tod und Elend für große Teile der Bevölkerungen v.a. der armen Länder des Südens.

Wir begreifen Solidarität nicht als gemeinschaftliche Durchsetzung geopolitischer oder wirtschaftlicher Interessen. Für uns bedeutet Solidarität ein humanistisches Selbstverständnis mit dem Ziel, allen Menschen ein Leben in Frieden, Würde und Selbstbestimmung zu gewährleisten.

Hierfür muss die Ungleichverteilung des Reichtums gestoppt und die imperiale Lebensweise der reichen Länder des Nordens auf Kosten der armen Länder des Südens verändert werden.

Ein wichtiger Schritt ist die Umleitung der gigantischen Summen für Rüstung in zivile und friedensstiftende Konfliktlösungsstrategien und selbstbestimmte Aufbauhilfen. Allein die Verteilung der Impfstoffe zwischen den reichen Ländern des Nordens und den armen Ländern des Südens ist skandalös. Die Profiteure von BigPharma sind nicht wichtiger als das Leben von Millionen unterprivilegierter Menschen, die durch eine Freigabe der Patentrechte für Medikamente gerettet werden könnten.